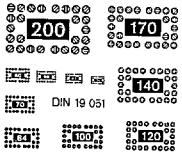

Politik

Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Nr. 17
November 1984

Sozialdemokratische Thesen zur Deutschlandpolitik.

Beschlossen von der SPD Bundestagsfraktion.

Thesen zur Deutschlandpolitik

Die Deutschlandpolitik steht vor neuen Aufgaben. Die anhaltende Konfrontation der Supermächte, die Reideologisierung der politisch-geistigen Auseinandersetzung, das Übertragen der Ost-West-Konfrontation auf die Dritte-Welt-Politik und der Beginn eines neuen Rüstungswettlaufs, der nun auch den Weltraum einbezieht, bleiben nicht ohne Wirkung auf das deutsch-deutsche Verhältnis. Es kann daher nicht ohne Berücksichtigung der internationalen Rahmenbedingungen gestaltet werden.

Deutschlandpolitik ist Teil der Friedens- und Entspannungspolitik. Ihr Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung, die den trennenden Charakter der Grenzen überwindet. Sie stellt die Grenzen nicht in Frage, sondern sucht im Interesse der Menschen die Zusammenarbeit. Auf lange Sicht sollen dadurch auch die Militärblöcke überflüssig werden.

Entspannungspolitik liegt nicht nur im existentiellen Interesse der beiden deutschen Staaten und vor allem Berlins, sondern im Interesse aller europäischer Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland muß gemeinsam mit ihren westeuropäischen Partnern im Atlantischen Bündnis für die Fortsetzung der Entspannungspolitik eintreten, für mehr statt weniger Kooperation mit dem Osten, für weniger statt immer mehr Waffen. Selbstbehauptung Europas heißt insoweit, im Interesse der Menschen Europas für diesen Raum die Politik des Friedens und der Entspannung zu bewahren gegenüber den Gefahren, die aus der Konfrontation der Supermächte erwachsen.

1. Grundlagen

1.1 Deutschlandpolitik ist Friedenspolitik. Sie muß berechenbar sein und der Gestaltung guter Nachbarschaft dienen. Sie muß alles unterlassen, was eine Vertiefung der deutschen Teilung bewirken könnte und alles tun, was zu ihrer Überwindung beiträgt.

Die beiden deutschen Staaten können ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden nur gerecht werden, wenn sie ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen, sondern sich als gleichberechtigte Staaten deutscher Nation behandeln.

Die Unterschiede der inneren Ordnung der beiden deutschen Staaten, die ideologische Auseinandersetzung und der Wettbewerb der Systeme bleiben davon unberührt. Auch dieser Streit darf nur in Frieden ausgetragen werden — einschließlich der Frage nach der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, das den Deutschen ebenso zusteht wie anderen Nationen. Heute kann nicht vorweggenommen werden, für was sich das deutsche Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts entscheiden wird. Vorrangig bleiben Frieden und eine politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, die den Menschen Freiheit garantiert.

Das ist die Grundlage für die einzige praktische Politik, die auch den Menschen in der DDR zusätzliche Freiheiten bringen kann.

1.2 Die deutsche Nation ist eine von der Teilung unabhängige Realität, die sich in dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten ausdrückt. Die Einheit der Nation kann durch vermehrte Begegnungen, die Verwirklichung des Rechts auf Freizügigkeit und die Wahrnehmung der Verantwortung für den Frieden in Europa erhalten und gefestigt werden. Sie ist nicht identisch mit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

1.3 Voraussetzung gestaltender Deutschlandpolitik ist die Stabilität der in Europa bestehenden Lage. Sie muß von der Grundlage ausgehen, daß beide deutsche Staaten in ihr jeweiliges Bündnis fest eingebunden sind. Die Idee eines deutschen Sonderweges — sei es eines vereinten Deutschland oder nur der Bundesrepublik — in die Neutralität ist unrealistisch. Er würde die politische Stabilität in Europa gefährden und ist deshalb ausgeschlossen.

1.4 Sozialdemokratische Deutschlandpolitik geht vom Grundgesetz und dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich des Briefs zur deutschen Einheit aus, dem Viermächte-Abkommen über Berlin, von den Ostverträgen und von den in deren Folge getroffenen Vereinbarungen und Abmachungen. Von besonderer Bedeutung für die Deutschlandpolitik ist die KSZE-Schlußakte.

1.5 Sozialdemokratische Deutschlandpolitik geht von den bestehenden Grenzen in Europa aus. Die Bundesrepublik Deutschland hat keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche Ansprüche auch nicht erheben. Das Gebot des Gewaltverzichts ist für sie völkerrechtlich verbindlich.

1.6 Sozialdemokratische Deutschlandpolitik hat nicht das Ziel, die DDR zu destabilisieren. Die Bundesrepublik Deutschland muß die Realität der DDR als Staat mit ihrem Sicherheitsinteresse ebenso respektieren wie umgekehrt die DDR die Bundesrepublik Deutschland und deren Sicherheitsinteressen.

1.7 Sozialdemokratische Deutschlandpolitik tritt für die Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit der DDR wie mit den Staaten Osteuropas ein. Notwendige und nützliche Kooperation zwischen Staaten ist nicht gleichbedeutend mit ideologischer Übereinstimmung. Es ist vielmehr ein Fortschritt, daß heute Kooperation zwischen beiden deutschen Staaten, unabhängig von den grundsätzlichen ideologischen Gegensätzen, möglich ist.

1.8 Die Sozialdemokraten sind Verfechter der freiheitlichen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die sie mitgeschaffen haben. Daher bleiben Kommunisten ihre Gegner. Das kommunistische System lehnen wir ab, weil für uns Freiheit und Sozialismus zusammengehören. Wir werden auch weiterhin die geistig-politische Auseinandersetzung mit der SED offensiv führen und diese mit den Widersprüchen und Inneren Unwahrheiten ihrer Ideologie konfrontieren. Der Maßstab dieser Auseinandersetzung sind für die SPD die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

2. Auftrag der Deutschlandpolitik

2.1 Der Schwerpunkt der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ist ihr Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa und zwischen den Blöcken. Schon im Artikel 5 des Grundlagenvertrages haben die beiden deutschen Staaten diese gemeinsame Aufgabe anerkannt. Das Bewußtsein der Menschen in beiden Staaten von dieser Identität ihrer Interessen bekräftigt diesen Auftrag. Die Bundesrepublik und die DDR müssen aus ihrer Verantwortungsgemeinschaft heraus, jeder auf seiner Seite und gegenüber seinen Bündnispartnern, darauf hinwirken, Spannungen zwischen Ost und West zu verringern, Mißverständnisse zu vermeiden und konkrete Abrüstungsschritte zu fördern. Beide deutsche Staaten müssen ihre Handlungsmöglichkeiten zu diesem Zweck ausschöpfen und erweitern. Das Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten soll einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West dienen.

2.2 Sicherheitspartnerschaft bedeutet mehr als die gemeinsame Sorge um Rüstung und Abrüstung. Sie ist eine Voraussetzung für eine europäische Friedensordnung. Friedensordnung heißt: gesichertes Zusammenleben der Staaten unterschiedlicher Systeme, ohne die Änderung der Systeme zur Voraussetzung dieser Friedensordnung zu machen. Das bedeutet einen entscheidenden Schritt zur Überwindung der Teilung Europas.

Die deutsche Frage ist also eine europäische Frage. Eine adäquate Antwort kann es nur geben, wenn sie von beiden deutschen Staaten und der Völkergemeinschaft in West und Ost getragen wird. Unsere alltäglichen politischen Bemühungen müssen sich daher auf die allmähliche Überwindung des trennenden Charakters der Europa teilenden Grenzen konzentrieren. Die Grenzen selbst in Frage zu stellen, heißt, die Stabilität und den Frieden in Europa zu gefährden.

2.3 Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sind keine beliebigen Beziehungen. Gemeinsamkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Bewohnern müssen hervorgehoben und gefördert werden.

2.4 Das Bemühen um menschliche Erleichterungen war eine wesentliche Antriebskraft der Deutschlandpolitik seit 1969. Die Interessen der Menschen bleiben — neben der Friedenssicherung — wichtigster Maßstab dieser Politik. Sie muß weiterhin die Folgen der Teilung lindern und allgemeine sowie Einzelfallregelungen in humanitären Fragen erreichen.

2.5 Deutschlandpolitik will das Bewußtsein der Menschen von ihrer gemeinsamen deutschen Geschichte und Landschaft stärken und ihre gemeinsame Kultur erlebbar machen.

2.6 Deutschlandpolitik will das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen und ihren Dialog miteinander auf allen Ebenen und über die Blöcke hinweg fördern und gestalten.

3. Praktische Schritte

3.1 Größere Offenheit beider deutscher Staaten auch bei unverrückbar unterschiedlichen Standpunkten hilft, Mißverständnisse zu vermeiden. Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten müssen aus dem Stadium der wechselseitigen Monologe herausgeführt werden. Diesem Ziel soll der offene Erfahrungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik dienen.

Auf diese Weise können Vorurteile über den jeweils anderen deutschen Staat abgebaut werden. Vorurteile, die zum Teil noch aus den Zeiten des Kalten Krieges stammen, behindern die Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

3.2 Zwischen beiden deutschen Staaten sind viele praktische Fragen zu regeln. Im Laufe der Entwicklung werden neue hinzukommen. Auf beiden Seiten besteht ein Interesse an Regelungen. Ein gutes Beispiel ist der Umweltschutz. Bei manchen Fragen liegt das Regelungsinteresse eher bei der DDR, bei anderen liegt es eher bei der Bundesrepublik. Wer Forderungen stellt, muß auch bereit sein, der anderen Seite entgegenzukommen.

3.3 Zu möglichen praktischen Ergebnissen gehören:

- die weitere Erleichterung des Besuchsverkehrs, vor allem in Richtung Ost/West;
- die Abschaffung des Mindestumtausches;
- die überfällige Einrichtung von Partnerschaften zwischen Städten in beiden deutschen Staaten;
- die Ausweitung der Jugendbegegnungen und des Sportaustausches — auch auf örtlicher Ebene;
- die Einrichtung einer deutsch-deutschen Schulbuch-Kommission;
- die Verwirklichung der Gesprächsergebnisse und Absichtserklärungen vom Werbellinsee, wozu unter anderem gehören:
  - der Austausch von Zeitungen,
  - die Verstärkung des Kulturaustausches,
  - die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von in der DDR akkreditierten Journalisten,
  - die Aufnahme von Verhandlungen über ein Wirtschaftsrahmenabkommen.

Im gemeinsamen Interesse liegt die verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Vordringlich sind Vereinbarungen zur Wiederherstellung sauberer Luft und sauberen Wassers.

Die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR entspricht dem Ziel des Dialogs auf allen Ebenen und kann nach Erfahrungen der SPD-Bundestagsfraktion erheblich zur Vertiefung der Kenntnisse der Staaten voneinander beitragen.

Die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft kann z.B. mit einer öffentlichen, regierungsamtlichen Feststellung verdeutlicht werden, daß die Bundesrepublik Deutschland niemanden für die Staatsbürgerschaft im Sinne des Grundgesetzes in Anspruch nehmen wird, der dies nicht will.

Die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter ist — selbst gemessen an den ihr gestellten Aufgaben — wirkungslos und überflüssig. Sie soll durch die Bundesländer aufgelöst werden.

Die Feststellung des Verlaufs der Elbegrenze ist in beiderseitigem Einvernehmen möglich.

3.4 Darüber hinaus müssen angestrebt werden:

- die Aushandlung der im Grundlagenvertrag vorgesehenen Vereinbarungen, insbesondere eines Kultur- und eines Rechtshilfeabkommens,
- die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten bei

C85-460

Wirtschafts- und Entwicklungshilfeprojekten mit und in dritten Ländern,

- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet technologischer Entwicklungen, z.B. des Umweltschutzes,
- ständiger Austausch über wirtschaftliche Fragen,
- der Ausbau und die Intensivierung der bei Abschluß des Grundlagenvertrages vereinbarten Konsultationen „über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind" (mündliche Vereinbarung), zu einer ständigen Einrichtung.

3.5 Ergebnis dieser und anderer praktischer Schritte der Deutschlandpolitik muß auch die weitere positive Veränderung des Grenzregimes der DDR sein.

4. Berlin

4.1 Die Rolle Berlins hat sich gewandelt. Dies ist ein Ergebnis des Vier-Mächte-Abkommens und der gesamten Entspannungspolitik.

Die Westberliner wollen schon lange nicht mehr „Pfahl im Fleische der DDR" sein. Das heißt allerdings nicht, daß sie sich mit der gegenwärtigen Lage abgefunden hätten. Ihr Ziel ist die Wiederherstellung all der vielfältigen Beziehungen, die jede große Stadt mit ihrem Umland verbindet. Erst dies kann zu einer gewissen Normalisierung der Lage Berlins führen — ohne Preisgabe seiner inneren und äußeren Freiheit und der Bindungen an den Westen.

4.2 West-Berlin bringt in diesen Prozeß wichtige eigene Beiträge mit ein: das sich aus der Lage der Stadt ergebende besondere Interesse an der Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den Blöcken und das lebendige Bewußtsein von einem Europa, das nicht an der Elbe endet. Trotzdem wird die Normalisierung nicht sofort und umfassend erreichbar sein. West-Berlin kann die entscheidenden Schritte nicht allein und aus eigener Kraft leisten. Es bedarf des Rückhalts durch die Politik der Bundesregierung und durch die Politik der den Status von Berlin garantierenden Mächte.

4.3 Dieser Rückhalt besteht nicht zuletzt darin, daß Berlin und seine Menschen auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens in vollem Umfang an den Fortschritten teilhaben, die im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten vereinbart werden. Die deutsch-deutsche Entspannung darf nicht an Berlin (West) vorbeigehen.

4.4 Eine DDR, die an dauerhaften, gutnachbarschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert ist, muß erkennen, welch positive Rolle West-Berlin bei der Gestaltung solcher Beziehungen gespielt hat und weiter spielen kann.

Der Konflikt um Berlin hat die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gezwungen, die Grenzen der Konfrontation zu erkennen und die Chancen für Kooperation auszuloten. Berlin zwingt auch beide deutsche Staaten, ein Verhältnis zueinander zu suchen, das friedlicher Zusammenarbeit und Verständigung den Vorzug gibt vor sinnloser Konfrontation, die letztlich keiner Seite nutzen kann.

Vernünftiger Umgang mit unserer Umwelt
Recycling-Papier

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, 5300 Bonn 1 — Bestell-Nr. 200 814
Druck: Courir-Druck, Königswinterer Straße 115, 5300 Bonn 3 — 11-84 — A1 — 20 — ISSN 0170-07758